

Presse- Mitteilung

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 71 35
Fax: 069 - 95 73 71 38
E-Mail: presse@igbau.de
www.igbau.de

Mittwoch, 20. September 2017
PM 84/2017

Baumaterial auch heute noch Gesundheitsgefahr **IG BAU fordert Abwrackprämie für Asbest**

Es steckt in Fußböden, Dächern, Wänden und ist auch nach Jahrzehnten noch eine Gefahr: Asbest. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) will das Material möglichst rasch und fachmännisch aus dem Verkehr ziehen und fordert hierfür mehr staatliche Förderung. „Wir brauchen eine Sanierungs- und Abwrackprämie für Asbest im Bau“, sagte der Bundesvorsitzende der Bau- und Umweltgewerkschaft, Robert Feiger, am Mittwoch. Denkbar sei ein eigenes Förderprogramm der KfW-Bank für Asbest-Sanierungen. Dies solle Hauseigentümern einen staatlichen Zuschuss garantieren.

Das Bauen mit Asbestfaser ist zwar seit 1993 verboten. Doch der Altbaubestand berge nach wie vor ein „enormes Risiko“, warnt die IG BAU. Während der Asbest-Hochphase in den 1970er-Jahren wurden jährlich bis zu 250.000 Tonnen verbaut. Als Baustoff diente das Material zwischen den 1950er- bis Ende der 1980er-Jahre. In dieser Zeit entstanden bundesweit rund 9,2 Millionen Wohngebäude – „ein Teil davon dürfte immer noch belastet sein“, schätzt Feiger. Die Folgen seien bis heute spürbar: „Das Einatmen von Asbeststaub kann zu Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs führen.“ Nach Angaben der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) erkrankten im Zusammenhang mit Asbest jedes Jahr nahezu 4.000 Menschen.

Das Material findet sich dabei nicht nur in Fußbodenbelägen und auf dem Schuppendach, sondern etwa auch unter Fliesen, in Nachtspeicheröfen oder im Wandputz. „Mit einer staatlichen Prämie ließe sich das Problem flächendeckend anpacken“, betonte Feiger. Wer Asbest-Bauteile fachgerecht entfernen lasse, solle die Hälfte der Entsorgungskosten bis zu einer Obergrenze erstattet bekommen, schlägt der IG BAU-Chef vor. Bislang sei die Entsorgung für Privatleute finanziell unattraktiv. Für einen Boden aus so genannten Floor-Flex-Platten kämen in einem Einfamilienhaus rasch mehrere Tausend Euro zusammen. Die Entsorgung sei zugleich Mieterschutz – etwa dann, wenn sich asbesthaltige Fußbodenplatten lösen oder brüchig werden.

„Bisher gilt: Wer sich heute für eine Sanierung entscheidet, kann zwar verschiedene Fördermittel von der KfW bekommen. Doch auf der teuren Asbest-Entsorgung bleibt der Hausbesitzer meist sitzen“, so Feiger weiter. In der Folge bleibe das Material oft an der alten Stelle im Haus. Wenn saniert werde, lande es teilweise sogar im Hausmüll.

Feiger: „Mit einer Förderprämie kann die Politik einen direkten Beitrag für mehr Gesundheitsschutz leisten. Davon würden Hausbesitzer, Mieter und Bauarbeiter gleichermaßen profitieren.“ Mit Blick auf Schulen, Ämter und Krankenhäuser forderte der IG BAU-Chef zugleich mehr Investitionen durch die öffentliche Hand. „Fast 30 Jahre nach dem Ende der Asbest-Ära sollte das gefährliche Material endgültig aus allen öffentlichen Gebäuden verschwunden sein. Ein Sparen bei Asbest-Sanierungen ist ein Sparen am falschen Ende.“